



Az.: 036.5402*

Pressemitteilung

Erfurt, 13.05.2022

Landkreistag fordert die Landesregierung auf, unverzüglich die Refinanzierung der Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge verbindlich zu regeln. Diese steht jetzt schon seit mehreren Wochen aus!

In der heutigen Präsidiumssitzung haben die Landrätinnen und Landräte noch einmal einstimmig bekräftigt, dass den ukrainischen Kriegsflüchtlingen schnell und unbürokratisch geholfen wird. Dies gebieten die Menschlichkeit und die Solidarität mit den Menschen, die vor dem Krieg in ihrer Heimat fliehen müssen. Allerdings ist das Vertrauen der Landkreise in die Landesregierung massiv erschüttert, da sie die Refinanzierung für diese humanitäre Hilfe immer noch nicht geregelt hat. Diese Untätigkeit der Landesregierung erschwert erheblich die Hilfe der Landkreise. Aber auch für Gastfamilien und Privatpersonen gibt es noch keine Regelung der Landesregierung, um damit über eine Aufwandsentschädigung das große Engagement der vielen Helfer zu würdigen.

Der Thüringische Landkreistag hatte sich bereits mit Schreiben vom 02.03.2022 und 14.03.2022 an Ministerpräsident Ramelow gewandt, dass es kein „klein - klein“ bei den Finanzierungsfragen geben darf und die Landkreise eine verbindliche 100%-Refinanzierung über eine Spitzabrechnung brauchen. Der zuständige Minister Adams hat zwar daraufhin am 22.03.2022 die Möglichkeit einer Spitzabrechnung eingeräumt. Auch auf dem Kommunalgipfel in der Thüringer Staatskanzlei am 31.03.2022 waren sich Landesregierung und Kommunen einig, dass die finanziellen Mehrbelastungen für die Aufnahme der ukrainischen Kriegsflüchtlinge nicht bei den Kommunen hängen bleiben dürfen. In der Regierungsmedienkonferenz wurde dies von Ministerpräsident Ramelow so bekräftigt. Allerdings sind jetzt fast 2 Monate vergangen. Eine Refinanzierungsregelung wurde bisher von der Landesregierung nicht vorgelegt. Der Verdacht drängt sich mittlerweile auf, dass Finanzierungslasten vom Land auf die Landkreise abgewälzt werden sollen. Ein solches Regierungshandeln ist auch angesichts der Not der ukrainischen Kriegsflüchtlinge nicht zu akzeptieren! Statt über neue Behördenstrukturen landesseitig zu debattieren, muss die Landesregierung die drängenden Fragen der Landkreise beantworten! Es stehen Kosten seit 14.02./01.03. aus.

Es reicht eben nicht aus, wenn den Worten der Landesregierung keine Taten folgen. Andere Bundesländer sind weit voraus. Auch die Thüringer Landesregierung muss für die zugesicherte Spitzabrechnung dauerhaft einstehen. Der Bund gibt sogar dem Land Thüringen im Jahr 2022 rund 55 Mio. € für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge. Ein weiteres Abwarten der Landesregierung ist insofern nicht entschuldbar! Die Landkreise brauchen unverzüglich eine verbindliche und vollständige Refinanzierungsregelung vom Land! Verlorenes Vertrauen kann nur die Landesregierung selbst wieder wettmachen.